



Liebe Teilnehmende des Salzburger Jugendlandtages 2024!

Auf den folgenden 40 Seiten finden Sie die Stellungnahmen zu Ihren sechs Beschlüssen. Diejenigen Mitglieder der Landesregierung mit Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer an der Spitze, in deren Verantwortung Ihre Beschlüsse thematisch fallen, haben sich inhaltlich damit auseinandergesetzt. Im Ressortbereich von Landeshauptmann-Stellvertreterin Marlene Svazek BA hat auch der Landesjugendbeirat Stellung genommen.

Sie finden zu Beginn noch einmal den jeweiligen Beschlusstext, dann folgen die Stellungnahmen der einzelnen Regierungsmitglieder nach deren Zuständigkeitsbereichen. Mir war es wichtig, dass die einzelnen politischen Verantwortlichkeiten bei jedem Antrag über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg sichtbar werden. So wird auch erkennbar, dass die meisten heutigen Fragestellungen fast immer mehrere Sachgebiete betreffen. Lösungen gehen nur gemeinsam.

Zunächst soll Ihnen ein Überblick darüber gegeben werden, was mit Ihren Beschlüssen passiert ist und was es in den Themenbereichen schon gibt.

Teilweise werden Verbesserungsmöglichkeiten angeführt, um in einigen Bereichen etwas Neues im Sinne Ihrer Forderungen zu entwickeln. Der Petitionsausschuss des Landtags wird Ihre Beschlüsse am 21.05.2025 ab 14:00 Uhr beraten. Nach Möglichkeit können die Beratungen vor Ort im Chiemseehof oder über den Livestream unter http://sbgltg.kavedo.com/share.php?d=21_05_2025 mitverfolgt werden. Die Gruppensprecher*innen unter Ihnen sind eingeladen, Ihre Anträge noch einmal persönlich im Landtag zu präsentieren.

Wenn Sie Fragen oder Ideen zum weiteren Ablauf oder zu den nachfolgenden Stellungnahmen haben, melden Sie sich bitte einfach bei mir. Ich freue mich immer, von Ihnen zu hören, und hoffe, Sie spätestens beim Petitionsausschuss im Saal oder online begrüßen zu können.

Herzlichst
Ihre

ANTRAG 1: Gleichberechtigung aller Geschlechter

Ressortzuständigkeit: Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi

Kilian Hemedinger, Viktoria Weigl, Juliane Winkler, Lola Djuric, Jasmin Fassolder, Felix Ehinger, Clara Rainer betreffend

SCHUTZ GEGEN SEXUALDELIKTE UND SEXUELLE GEWALT

Fast drei Viertel der befragten Frauen gaben an, in ihrem Leben sexuelle Belästigung erfahren zu haben. Das ist das Ergebnis einer Befragung von der Organisation „Weisser Ring“. Wir sind der Meinung, dass sich das ändern muss!

Viele Varianten sexualisierter Gewalt sind für die Strafverfolgungsbehörden schwer festzuhalten, bedeuten aber für die betroffenen Frauen schwere Formen der Erniedrigung oder Bedrohung, insbesondere dann, wenn die betroffenen Frauen diesen wiederholt und ständig ausgesetzt sind.

Das Schuldgefühl ist derzeit auf der falschen Seite und Hilfe aktiv suchen soll als Stärke angesehen werden, statt sich dabei schwach zu fühlen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen und Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, beim Bundesgesetzgeber eine strengere Strafverfolgung bei sexualisierter Gewalt umzusetzen. Zum Beispiel sollen Übergriffe wie etwa „Catcalling“ explizit unter Strafe gestellt werden.
2. Die Salzburger Landesregierung und die Bildungsdirektion werden beauftragt, Hilfe- und Anlaufstellen zugänglicher zu machen, wie zum Beispiel an Schulen zu informieren und an öffentlichen- und Schultoiletten Informationstafeln auszuhängen mit Kontakt zu Anlaufstellen.
3. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, Selbstverteidigungs-Kurse finanziell zu fördern beziehungsweise die Kosten für Teilnehmende zu übernehmen und Aufklärungsarbeit zu sexualisierter Gewalt zu fördern.
4. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, Gefahren-Hotspots von sexueller Gewalt durch polizeiliche und bauliche Maßnahmen zu verringern.

Salzburg, 19.Oktober 2024

Jasmin Fassolder, Viktoria Weigl

Antragstellerin: Jasmin Fassolder, Viktoria Weigl

Gruppensprecherinnen: Jasmin Fassolder, Viktoria Weigl

Unverändert einstimmig angenommen

Stellungnahme Landesrätin Mag. Daniela Gutschi:

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt ist stetig zu reflektieren und im österreichischen Strafrecht gegebenenfalls zu erweitern oder abzuändern. In der aktuellen Legislaturperiode der Bundesregierung ist vorgesehen, das Sexualstrafrecht zu evaluieren und bestehende Lücken zu schließen. Ob auch „Catcalling“ eine mit gerichtlicher Strafe bedrohte Handlung sein könnte, wird die Evaluierung des Sexualstrafrechts zeigen. Dagegensprechen könnte eine schwierige Umsetzung hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieses Straftatbestands. Es wird hier noch einige Fragen zu klären geben, z.B. wann die Schwelle der Strafbarkeit überschritten ist oder wo die Abgrenzung zu Beleidigung gemäß § 115 StGB liegen würde und ob es sich um ein Official- oder ein Privatanklagedelikt handeln sollte, etc. Daneben könnte die aktuell schon sehr hohe Auslastung von Justiz und Polizei eine Rolle bei der Umsetzung spielen. Fraglich ist daher, ob bei der Problematik des „Catcallings“ stattdessen nicht vermehrt auf Präventions- und Awaren-ess-Maßnahmen gesetzt werden könnte, um gegen diese Form der Übergriffe vorzugehen. Die neue Bundesregierung hat unter anderem in ihr Regierungsprogramm aufgenommen, den Schutz vor sexueller Belästigung auszubauen. Zu den geplanten Vorhaben zählt zum Beispiel auch ein Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, das den Ausbau von Notrufsäulen in Parkanlagen, bessere Beleuchtung oder ein Heimwegtelefon umfasst. Ein aus meiner Sicht besonders wichtiges Vorhaben für den Gewaltschutz ist, dass Hochrisiko-Gewalttäter mit einstweiliger Verfügung infolge des Betretungsverbots eine Fußfessel bekommen sollen, damit weitere Gewalttaten verhindert werden können.

Anlässlich der Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ hat das Land Salzburg im Spätherbst 2024 eine breit angelegte Informationskampagne zum Gewaltschutz gestartet. Unter anderem wurden öffentliche Verkehrsmittel, alle Gemeinden des Bundeslandes Salzburg und Schulen eingebunden. In den Schulen wurden die Informationen teilweise auch in Toiletten angebracht. Die Reichweite der Informationen zum Thema Gewaltschutz weiter auszubauen und die Kampagnen einer größtmöglichen Bevölkerungsgruppe zugänglich zu machen, ist mir ein sehr großes Anliegen. Deshalb planen wir in Zukunft noch weitere Maßnahmen, um die Hilfe- und Anlaufstellen so vielen Menschen wie möglich bekannt zu machen. Die Forderung, diese auf öffentlichen wie auch Schultoiletten auszuhängen, halte ich für eine gute und umsetzbare Maßnahme. Im Internet sind die Informationen zum Gewaltschutz und den entsprechenden Anlaufstellen in verschiedenen Sprachen unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.salzburg.gv.at/themen/gesellschaft/frauen/hilfe-bei-gewalt>

Das Referat 2/05 - Frauen und Diversität fördert unterschiedliche Projekte, Vereine, Initiativen, Gruppen und Netzwerke, sofern sie die wirkungsorientierten Förderungsziele des Referats erfüllen. Finanzielle Förderung stärkt die regionale Fraueninfrastruktur für Beratungsleistungen und trägt zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer struktureller und individueller Gewalt bei. Selbstverteidigungskurse sowie Aufklärungsarbeit zu sexualisierter Gewalt stellen daher bereits förderungswürdige Initiativen dar, die vom Land

Salzburg auf Antrag gefördert werden können. Auch aktuelle Förderungsnehmer des Referats Frauen und Diversität, die darüber hinaus weitere Projekte anbieten, haben unter anderem schon Selbstverteidigungskurse angeboten und bieten Aufklärungsarbeit zu sexualisierter Gewalt an (zB der Frauennotruf Salzburg).

Aktuell finden im Rahmen des Gewaltschutzgipfels laufend Fokusgruppen zu unterschiedlichen Themen (z.B. Sicherheit im öffentlichen Raum und der Nachtgastronomie, Kinder und Jugendliche, Gewalt bei Frauen mit Behinderungen, etc.) statt, um mit Expert*innen aus verschiedenen Bereichen einen umsetzungsorientierten Gewaltschutz-Maßnahmenplan ausarbeiten zu können. Welche Maßnahmen in Bezug auf Gefahren-Hotspots möglich sind, ist derzeit Teil des laufenden Prozesses. Die Maßnahmen sollen bis Jahresende 2025 präsentiert werden.

ANTRAG 3: Inklusive Gesellschaften

Ressortzuständigkeiten: Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi, Landesrat Ing. Christian Pewny

Florian Kritzing, Carl Schwarz betreffend

INKLUSION VON JUGENDLICHEN MIT PSYCHISCHER ERKRANKUNG IM BILDUNGSBEREICH

Oscar ist Schüler der 10. Schulstufe und kommt aus einem finanziell schwachen Haushalt. Seit einiger Zeit leidet er an einer psychischen Krankheit, jedoch haben seine Eltern nicht die finanziellen Mittel, ihm professionelle Hilfe zu ermöglichen. Nun hat er sich an das Schulpersonal gewandt, allerdings konnte dieses ihm kaum Unterstützung bieten. Momentan hat er Schwierigkeiten, seine Anwesenheit in der Schule aufrecht zu erhalten, dadurch schafft es Oscar nicht mit dem Unterrichtsstoff mitzuhalten, auch sein Sozialleben scheint wie erloschen. Er schafft es ohne Unterstützung nicht mehr aus dieser Negativspirale heraus. Der Teufelskreis beginnt.

Oscar ist kein Einzelfall, viele junge Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen bekommen bei den Anlaufstellen der Schulen nicht ausreichend Hilfe und haben meist nicht die finanziellen Mittel, sich außerschulische Unterstützung zu suchen. Für eine inklusive Gesellschaft ist es wichtig, dass junge Leute wie Oscar professionelle Hilfestellung erhalten und somit zur Gänze in die Gesellschaft zurückfinden können.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Ausbauen von Angeboten:

- Vertrauensboxen (anonyme Mitteilung von Problemen an das zuständige Personal)
- Infotisch im Zentrum der Schulen, um Broschüren anzubieten und Infos zu teilen (ganzjährig)
- Mehr Möglichkeiten, um sich auch über außerschulische Therapiemöglichkeiten etc. zu informieren
- Zwei bis drei Tage in der Woche muss eine Psychologin oder ein Psychologe und/oder eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter anwesend und verfügbar sein. Sensibilisierung von Schüler*innen und Lehrer*innen via Workshops und Fortbildungen (genaue Def.: vertiefende Aufklärung zu Krankheiten und Krankheitsbildern „1. Hilfe für die Seele“ leisten können) für das Thema Psychische Beeinträchtigungen (26 pro, 25 contra)
- Angebote für Lehrer*innen sich zu Schulpsychologen weiterbilden zu lassen und diese Funktion neben der Lehrertätigkeit auszuüben. (34 pro, 17 contra)

2. Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern via Workshops und Fortbildungen (Def.: vertiefende Aufklärung zu Krankheiten und Krankheitsbilder, „1. Hilfe für die Seele“ leisten können) für das Thema Psychische Beeinträchtigungen.

3. Finanzierungsmöglichkeit für Nachhilfe für Jugendliche, denen es aufgrund ihrer psychischen Beeinträchtigung nicht möglich ist, am regulären Unterricht teilzunehmen. Darüber hinaus sollen Lehrpersonen Unterrichtsmaterialien digital zur Verfügung stellen. (Einstimmig pro)

Salzburg, 19.Oktober 2024
Florian Kritzingner, Carl Schwarz

Antragsteller: Florian Kritzingner, Carl Schwarz
Gruppensprecher: Florian Kritzingner
Mit 49 gegen 2 Stimmen angenommen

Stellungnahme Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi:

An den Schulen sind Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulärztinnen und Schulärzte, Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrer, Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer, Schülerberaterinnen und Schülerberater tätig, um nur die wichtigsten psychosozialen Unterstützungssysteme vor Ort zu nennen. Diese bieten persönlich oder unterstützt durch Broschüren und Informationsmaterialien ihr Know-how an.

In Österreich ist die akademische Ausbildung um Schulpsychologin/ Schulpsychologe werden zu können genau geregelt. Es ist ein Diplomstudium Psychologie mit Mindestabschluss Master erforderlich, weiters eine darüber hinaus gehende langjährige Ausbildung mit Zusatzqualifikationen, sowie eine Dienstprüfung für den höheren schulpsychologischen Dienst erfolgreich zu absolvieren.

Das Workshopangebot für Schulen zum Thema psychische Gesundheit wurde in den vergangenen Jahren stark ausgebaut. Beispielhaft können die Mental Health Days oder die psychische Erste Hilfe genannt. Die Programme werden bedarfsgerecht ausgebaut und vom Land Salzburg finanziert.

Die Vorschläge für z.B. Vertrauensboxen oder Infotischen werden von der Bildungsdirektion aufgegriffen und mit den Schulen direkt thematisiert.

Stellungnahme Landesrat Ing. Christian Pewny:

Vorab wird angemerkt, dass das Ressort von Landesrat Ing. Christian Pewny das Engagement des Jugendlandtages und die Beschlussfassung der beiden Initiativen, Jugendliche mit psychischen Erkrankungen besser in die Gesellschaft zu integrieren, und die Einführung verpflichtender Workshops zur mentalen Gesundheit für Jugendliche und Lehrkräfte, die Themen wie Zukunftsängste, Stressbewältigung, Prävention und Krisenmanagement abdecken solle, begrüßt. Anbei nimmt das Ressort zu den beiden Anträgen wie folgt Stellung.

Antrag 3: Inklusion von Jugendlichen mit psychischer Erkrankung im Bildungsbereich
Das Sozialressort koordiniert bereits zahlreiche Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit Jugendlicher. Dazu gehören niederschwellige Beratungsangebote, wie die Unterstützung durch Sozialarbeiter, sowie Kooperationen mit psychosozialen Einrichtungen in Salzburg, die speziell auf die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet sind. Die verstärkte Sensibilisierung für psychische Erkrankungen ist ein wertvoller Impuls für die zukünftigen sozialen Dienstleistungen. Zudem erkennt das Ressort die Bedeutung geeigneter sozialer Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten an, deren Ausgestaltung man im Rahmen bestehender Programme weiter bedenken wird.

[Antrag 4: s.d.]

Die vorgebrachten Anliegen des Jugendlandtages sind ein wertvoller Beitrag, den das Sozialressort weiter bedenken wird, um die soziale Unterstützung für Jugendliche nachhaltig zu stärken. Ich ersuche daher höflich um Kenntnisnahme und bedanke mich vorab für Ihre Mühen und die engagierte Organisation des Jugendlandtages.

ANTRAG 4: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Ressortzuständigkeiten: Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi, Landesrat DI Dr. Josef Schwaiger, Landesrat Ing. Christian Pewny

Thorina Reichenfelser, Isabel Grünbart betreffend

ANGEBOTE FÜR PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Bei vielen Jugendlandtagen wurde das Anliegen „mentale Gesundheit bei Jugendlichen“ bereits oft erwähnt, aber es hat sich noch immer nicht genug verändert. Manche von Ihnen im Landtag denken vielleicht, dass wir das Thema ausdiskutiert haben - dass schon genug darüber geredet wurde und es langsam reicht. Aber das stimmt so nicht. Also, warum ist es wichtig, immer noch und immer wieder über mentale Gesundheit zu reden?

Ein Beispiel aus unserem jugendlichen Alltag: Lisa B. (Name geändert) hat sich vor einem Jahr das Leben genommen. Trotz des Schocks der Mitmenschen und Schule wurden gar keine Maßnahmen getroffen. 5 Monate später ereignete sich ein weiterer Suizid. Diesen Geschehnissen hätte durch präventives Vorarbeiten vorgebeugt werden können.

Eine Studie der Donau Universität Krems zeigt, dass 20 Prozent der Schülerinnen und 14 Prozent der Schüler unter suizidalen Gedanken leiden. 62 Prozent der Schülerinnen und 38 Prozent der Schüler weisen eine mittelgradige depressive Symptomatik auf. Weiters haben sich Angstsymptome aber auch Schlafstörungen verfünffacht bis verzehnfacht. Der Leistungsdruck, der uns seit Beginn unserer Schullaufbahn begleitet, wurde durch die letzten Jahre verstärkt. Kurz gesagt - uns geht es nicht gut. Und daran müssen wir etwas ändern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. dass es verpflichtende Workshops über die mentale Gesundheit z.B. in Form eines Projekttages für alle Schultypen und Ausbildungsstätten gibt. Außerdem sollte die Teilnahme an diesen Workshops auch für Lehrkräfte verpflichtend sein. Folgende Themen sollen in diesen Workshops beinhaltet sein.

Zukunftsängste und Schulwechsel: Im Lebensabschnitt vom Kind zum Erwachsenen gibt es viele verschiedene Hürden, die eine Herausforderung für junge Menschen darstellen. Diese können z.B. beim Schulwechsel oder beim Eintritt ins Arbeitsleben auftreten.

Prävention und Intervention: z.B.: Stressbewältigungsworkshops, wie gehe ich mit Schicksaalschlägen um? Was ist Resilienz und wie komme ich dazu? Krisenmanagement, wie gehe ich mit Betroffenen um?...

Aufklärung über mentale Gesundheit: Was sind psychische Erkrankungen? Gespräche mit Betroffenen, ...

Für diese verpflichteten Workshops kommen verschiedene Expertinnen und Experten, um zu den vorherig genannten Themen interaktive Workshops zu gestalten. Diese werden vom

Land Salzburg finanziert. Weiters fordern wir Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aus dem Bildungsbereich sowie aus dem Ausbildungsbereich am Arbeitsplatz.

Salzburg, 19.Oktober 2024

Thorina Reichenfelser, Isabel Grünbart

Antragstellerinnen: Thorina Reichenfelser, Isabel Grünbart

Unverändert einstimmig angenommen.

Stellungnahme Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi:

Als Angebote im Bundesland Salzburg gibt es für die psychische Gesundheit für den schulischen Bereich zahlreiche unterstützende Arbeitsmaterialien: Krisenmappe (Krisenmappe), Kinderschutzkonzept an Salzburger Schulen, (Kinderschutzrichtlinie - Bildungsdirektion Salzburg) und die Homepage der Salzburger Bildungsdirektion. Diese werden mitverwendet als Unterstützung und Hilfe für Lehrerinnen und Lehrer bei Fragen des Krisenmanagements etc.

KRISENMAPPE

Die Krisenmappe in der aktuellen Version dient Schulleitungen zur Hilfestellung im Rahmen der Prävention und des „Management von Krisen“ sowie im Umgang mit meldepflichtigen „besonderen Vorkommnissen“. Der Inhalt ist unterteilt in Prävention, Intervention und Nachsorge mit einfachen Checklisten. Eine aktuelle Liste mit Kontakt- und Notfallnummern komplettiert den Inhalt. Mit dem Begriff „Krise“ werden unter Bezugnahme psychosozialer und soziologischer Definitionen Ereignisse bezeichnet, die außerhalb der üblichen menschlichen Erwartung oder Erfahrung liegen und ein Gefahrenpotential für Lebewesen darstellen. Ein solches Ereignis, das zeitlich kürzer oder länger andauern kann, beeinträchtigt Zeugen und Betroffene in körperlicher, gedanklicher und emotionaler Hinsicht erheblich.

Kinderschutzrichtlinie

Wie kann sich „Schule“ gewaltfrei aufstellen bzw. es allen Beteiligten erleichtern, sich bei Bedarf Hilfe und Unterstützung zu holen? Die "Kinderschutzrichtlinie an Salzburger Schulen" soll dazu beitragen, dass Schulen ein Ort der Gewaltfreiheit, des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung bleiben. Mit der "Kinderschutzrichtlinie an Salzburger Schulen" wird das Anliegen verfolgt, Gewalt in allen Formen aus der Tabuzone zu holen und eine klare Position „wider die Gewalt“ zu beziehen.

Ziele sind:

- Etablieren des Schulstandortes als Ort der Gewaltfreiheit, des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung.
- Implementierung eines Beschwerdemanagements und einer positiven Fehlerkultur.
- Umsetzung universeller, alters- und zielgruppenspezifischer Präventionsarbeit.
- Frühzeitiges Erkennen von Gefährdungslagen sowie rasche und effiziente Intervention inkl. Ergebniskontrolle.

Schulärztlicher Dienst

Schulärztinnen und Schulärzte nehmen einen hohen Stellenwert in der Gesundheitsbildung unserer Kinder und Jugendlichen ein. Sie ermöglichen einen niederschweligen Zugang zur medizinischen Beratung, greifen relevante und aktuelle Gesundheitsthemen auf und haben eine große Bedeutung in der Präventionsarbeit. Schulärztinnen und Schulärzte sind sich ihrer großen Verantwortung bewusst. Sie unterliegen selbstverständlich der ärztlichen Verschwiegenheitspflicht! Selbstverständlich ist es möglich, dass die

Erziehungsberechtigten, nach vorheriger Terminabsprache, ihre Kinder zur schulärztlichen Untersuchung begleiten. Das kann insbesondere bei jüngeren Kindern und erstmaliger Untersuchung für die Qualität der Untersuchung sogar hilfreich sein.

- Schulärztliche Untersuchung aller Schülerinnen/Schüler in jedem Schuljahr zur Feststellung der körperlichen und geistigen Entwicklung und Reife, Vorbeugung von Störungen der Entwicklung und deren Erfassung zur Veranlassung entsprechender Maßnahmen.
- Schulärztliche Mitteilung an die Schülerinnen/Schüler bzw. an die Erziehungsberechtigten (bei Kindern unter 14 Jahren) über allfällige gesundheitliche Mängel und/oder Defizite in der Entwicklung mit der Empfehlung weiterer Maßnahmen.
- Schulärztliche Überwachung und Begleitung von Schülerinnen/Schülern mit gesundheitlichen Problemen, chronischen Erkrankungen.
- Schulärztliche Begutachtung von Schülerinnen/Schülern über die Teilnahme am Unterricht, wie z.B. Bewegung und Sport.
- Schulärztliche Untersuchung nach § 13 Suchtgiftmittelgesetz.
- Schulärztliche Beratung von Schülerinnen/Schülern, Eltern und Lehrkörper in allen Fragen, wie z.B.:
 - Sexualität und Verhütung
 - Alkohol, Rauchen, Drogen etc.
 - Ärztliche Begleitung in Krisen
- Schulärztliche Sprechstunde für Eltern und Teilnahme an Elternsprechtagen.

Weiters gibt es die Initiative des BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz „Gesund aus der Krise“, Gesund aus der Krise - Gesund aus der Krise, welche kostenfreie psychosoziale Versorgung für alle von 0 - 21 Jahren ermöglichen soll. Der Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen (BÖP), wurde mit der Umsetzung des Projekts „Gesund aus der Krise“ beauftragt und setzt das Förderprojekt in enger Kooperation mit dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP) um. Weiterer Umsetzungspartner ist der Österreichische Berufsverband der MusiktherapeutInnen (ÖBM). Die enge Zusammenarbeit der Berufsgruppen ermöglicht es, Klientinnen und Klienten österreichweit möglichst rasch zu vermitteln.

Stellungnahme Landesrat DI Dr. Sepp Schwaiger:

Die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler ist ein sehr wichtiges Thema und wird dementsprechend im Schulalltag der landwirtschaftlichen Schulen bestmöglich integriert. Schon seit vielen Jahren wurden verschiedene Unterstützungssysteme implementiert, die sich der Thematik „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“ widmen.

1. Jährlich finden Schuleingangsworkshops mit den ersten Klassen zur Eingewöhnung statt. Hierbei werden alle unterschiedlichen Unterstützungsangebote vorgestellt und erklärt, sowie die Anlaufstellen der Schulen aufgezählt.
2. An allen vier Standorten (Kleßheim, Winklhof, Bruck, Tamsweg) wurden zwei bis vier Vertrauenslehrer oder Vertrauenslehrerinnen (abhängig von der Größe des jeweiligen Standortes) sehr intensiv ausgebildet und mit einer entsprechenden Zeitressource ausgestattet. Dadurch kann gewährleistet werden, dass vor Ort eine leicht zugängliche Ansprechperson für alle Schülerinnen und Schüler greifbar ist.
3. In den landwirtschaftlichen Fachschulen wird eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Jugendcoaching Salzburg gelebt. Das Jugendcoaching bietet Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene in allen Fragen rund um Schule, Ausbildung und Beruf sowie bei persönlichen Problemen.
4. Durch den hohen Anteil an Internatsschülerinnen und -schülern ist die Beziehung zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen entsprechend vertraulich. Die Jugendlichen können so ihre Anliegen und Sorgen zu jeder Zeit an die Lehrpersonen, die zugleich im Erzieherdienst tätig sind, herantragen. Weiter kann beobachtet werden, dass im Schülerheim die sozialen Kompetenzen und die Resilienz gestärkt werden.

Stellungnahme Landesrat Ing. Christian Pewny:

Vorab wird angemerkt, dass das Ressort von Landesrat Ing. Christian Pewny das Engagement des Jugendlandtages und die Beschlussfassung der beiden Initiativen, Jugendliche mit psychischen Erkrankungen besser in die Gesellschaft zu integrieren, und die Einführung verpflichtender Workshops zur mentalen Gesundheit für Jugendliche und Lehrkräfte, die Themen wie Zukunftsängste, Stressbewältigung, Prävention und Krisenmanagement abdecken solle, begrüßt. Anbei nimmt das Ressort zu den beiden Anträgen wie folgt Stellung.

[Antrag 3: s.d.]

Antrag 4: Angebote für psychische Gesundheit

Im Rahmen der sozialen Dienstleistungen des Landes Salzburg setzt das Sozialressort auf präventive und intervenierende Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit. Dazu zählen landesweite Programme, wie Beratungsstellen für Jugendliche und Kooperationen mit Experten für psychosoziale Unterstützung, die Themen wie Zukunftsängste und Krisenbewältigung abdecken.

Die vorgebrachten Anliegen des Jugendlandtages sind ein wertvoller Beitrag, den das Sozialressort weiter bedenken wird, um die soziale Unterstützung für Jugendliche nachhaltig zu stärken. Ich ersuche daher höflich um Kenntnisnahme und bedanke mich vorab für Ihre Mühen und die engagierte Organisation des Jugendlandtages.

ANTRAG 5: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Ressortzuständigkeit: Landeshauptmann-Stellvertreterin Marlene Svazek BA, Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi

Svjetlana Lovric, Leonie Scharler betreffend

THERAPIEPLÄTZE UND WEITERE ANGEBOTE

Lena P. (Name geändert) lebt mit ihren 3 Geschwistern bei ihrem alleinerziehenden Vater auf einem landwirtschaftlichen Betrieb. Dort hilft sie immer gerne bei den Arbeiten im Stall mit, jedoch ist vor kurzem ihre Mutter unerwartet verstorben. Dieser Zwischenfall machte ihr sehr zu schaffen. Durch viele Gespräche mit Schulpsychologen, ihrem Umfeld und dem Seelsorger riet man ihr, in psychische Therapie zu gehen. Da sie zurzeit in einem Internat wohnt, war es noch schwieriger, einen passenden Therapieplatz zu finden. Nach langer Suche und noch längerer Wartezeit fand sie einen richtigen Therapeuten. Allerdings ist jetzt das Problem, dass sich ihre Familie die zuvor kostengedeckten Therapiestunden nicht mehr leisten kann. Dennoch war es ihr ein wichtiges Bedürfnis, diese fortzusetzen. Diese ausgedehnten Wartezeiten betreffen definitiv keine Minderheit im Land Salzburg und stellen ein enormes Problem für therapiebedürftige Jugendliche als auch Erwachsene dar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Betreute kunsttherapeutische Räume zur Überbrückung der Wartezeit zur Verfügung zu stellen und ein spartenbezogenes Modell der Finanzierung zu ermöglichen. Als Angebote würden wir Räume in den Bereichen Musik, Sport, Kunst, etc. in Betracht ziehen. Solch ein offenes Atelier würde ...

- die Entdeckung des individuellen, kreativen Potentials durch z.B. das Malen ermöglichen.
- das Erkennen von Selbstgestaltetem als Ausdruck des eigenen Selbst, des Ichs fördern.

„Ein Vorteil des bildnerischen Prozesses und seines Produktes ist, dass er in jedem Fall auf die Psyche wirkt, ob nun darüber gesprochen wird oder nicht, ob er Bestandteil einer Therapie ist oder nicht.“ (Gertraud Schottenloher aus Kunst und Gestaltungstherapie - eine praktische Einführung)

2. einen größeren Anteil, der vom Land Salzburg im Jahr 2025 geplanten Ausgaben für Gesundheit, welche in Form eines Diagrammes veröffentlicht wurden und eine Summe von 1.358 Millionen Euro betragen sollen, in die Psychotherapie zu investieren. Das diesjährige Budget von 19 Millionen Euro wurde bereits im Oktober verbraucht, während der Bedarf an Therapieplätzen stetig weiter steigt. Würde jedoch ein Betrag von 38 Millionen Euro für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden, wären laut Informationen der Expertinnen

und Experten aus dem psychotherapeutischen Bereich somit alle Therapiekosten der betroffenen Salzburger Jugendlichen gedeckt. Diese 19 Millionen Euro zusätzlich sollen in genau diese Therapiekosten fließen. (38 pro, 11 contra)

Salzburg, 19. Oktober 2024

Svjetlana Lovric, Leonie Scharler

Antragstellerinnen: Svjetlana Lovric, Leonie Scharler

Gruppensprecherin: Svjetlana Lovric

Mit 40 gegen 9 Stimmen angenommen

Stellungnahme Landeshauptmann-Stellvertreterin Marlene Svazek BA

Der Beschluss basiert auf dem Youth Goal Nr. 5 „Psychische Gesundheit & Wohlbefinden“. Dabei wird festgehalten, dass junge Menschen Zugang zu niederschweligen und wirkungsvollen Unterstützungsangeboten erhalten sollen, um ihre psychische Gesundheit zu stärken und ihre persönliche Entwicklung zu fördern.

Im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit gibt es zahlreiche Initiativen, die Jugendlichen Hilfe und Unterstützung anbieten bzw. sicherstellen, dass das Fachpersonal entsprechend ausgebildet und informiert ist, um möglichst zielgerichtet weitervermitteln zu können.

Im weiteren Text werden die Initiativen des Landes Salzburg dargestellt:

Aus Jugendfördermitteln wurden 2022/2023 60 Ausbildungsplätze „Erste Hilfe für die Seele -Jugend“ im gesamten Bundesland finanziert. Damit konnten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen außerschulischer Jugendeinrichtungen eine „Basisqualifikation“ für das Erkennen psychischer Belastungen und damit verbundener „Erste Hilfe“-Maßnahmen erlangen.

Akzente Salzburg bietet laufend ein vielfältiges Angebot zum Thema „Psychische Gesundheit“:

- Workshops „Mind yourself“ zur Stärkung der psychischen Gesundheit (akzente)
- Jugendinfo)
- „Wie geht es dir?“ Magazin (Print & Online) der österreichischen Jugendinfos
- (erhältlich bei akzente Jugendinfo)
- Workshops für Jugendgruppen und Schulklassen zu Suchtvorbeugung, Stärkung der Lebenskompetenzen etc. (akzente Suchtprävention)
- Gesunde Boxxx - Methodenbox für die außerschulische Jugendarbeit (Erweiterung im Sommer 2024 um Methoden zur Stärkung mentaler Gesundheit)

Unter dem Stichwort „kunsttherapeutische Räume“ sind ebenfalls von akzente angebotene Formate zu erwähnen:

„Rein ins Leben!“

Mit dem Angebot „Rein ins Leben!“ wurden seit der Corona-Pandemie Frei-Räume für Jugendliche geschaffen, die ihren Sorgen, Belastungen und auch Ängsten durch kreative Auseinandersetzung und Gestaltung Luft machen und diese im Idealfall loswerden konnten. In der Sonderform „Stimme - Sprache - SelbstBewusstSein“ geht akzente Kultur mit jungen Menschen aus der außerschulischen Jugendarbeit dem Ausdruck der Stimme, der Wirkweise der Sprache und den damit verbundenen Gefühlen auf den Grund.

„Vorhang auf!“

Das Format umfasst Bühnenarbeit wie Schauspiel, Szenenspiel, Tanz, etc. Jugendliche befassen sich hier mit lebensweltnahen Thematiken wie Mobbing, Konsum, Ängsten und

auch Abhängigkeiten in den analogen wie digitalen Welten. Jugendliche überwinden in durchaus fordernden Arbeitsphasen Ängste, gewinnen an Selbstbewusstsein und stellen sich im kreativen Tun herausfordernden Themen.

„junge.Sicht.Weisen“

In diesem Format lassen sich Jugendliche durch eine kulturelle Veranstaltung ihrer Wahl inspirieren und schaffen daraus ihre eigenen kreativen „Werke“. Sie können sich dafür bei Besuchen kultureller Einrichtungen wie Theater, Musiktheater, Konzerten oder Museumsbesuchen inspirieren lassen. In aktivierenden Workshops werden sie durch Workshopleiter begleitet, die dann die jungen Menschen mit der von ihnen gewählten kreativen Ausdruckskraft vertraut machen (Tanz, Schauspiel, Textgestaltung, Fotografie, Graffiti, Songwriting & Rap, ...) - findet im Rahmen des Projekts „Oper quicklebendig“ statt.

Die Komponenten der jungen Kulturangebote bei akzente sind:

- Ästhetisches Engagement
- Kreatives selbstbestimmtes Schaffen
- Einbeziehung der Vorstellungskraft
- Sensorische Aktivierung
- Hervorrufen von Emotionen
- Kognitive Stimulation
- Soziale Interaktion
- Körperliche Aktivität
- Auseinandersetzung mit Gesundheitsthemen
- Interaktion mit Gesundheitseinrichtungen

Zu erwähnen sind weiters viele sehr unterschiedlich gestaltete Angebote von Jugendzentren und Jugendorganisationen, die sich besonders auch an Jugendliche richten, die psychische Belastungen im eigenen Leben oder in der familiären und schulischen Umgebung kennen.

Die Bandbreite reicht dabei von einzelnen „Gruppenstunden“ bis zu Workshops, Fachgesprächen etc. in Jugendräumen.

Die Wirkungen von aktivierenden Kreativformaten werden in der Fachliteratur wie folgt beschrieben. (Auswahl aus der „Health Evidence Network Synthesis Report“ No 67 / World Health Organisation 2019)

- Psychologisch (z. B. verbesserte Selbstwirksamkeit, Bewältigung und emotionale Regulierung)
- Physiologisch (z. B. geringere Stresshormonreaktion, verbesserte Immunfunktion und höhere kardiovaskuläre Reaktivität)
- Sozial (z. B. weniger Einsamkeit und Isolation, verbesserte soziale Unterstützung und verbessertes Sozialverhalten)
- Verhaltensbezogen (z. B. mehr Bewegung, Annahme gesünderer Verhaltensweisen, Entwicklung von Fähigkeiten)

Stellungnahme Landesrätin Mag.^a Daniela Gutschi:

Aktuell laufen gerade in den Vorbereitungen für die Jugendgesundheitskonferenzen, welche ab nächstes Jahr bis 2028 stattfinden werden. Die Finanzierung erfolgt über Vorsorgemittel des Bundes.

Auszug aus dem Projektkonzept:

„Das Best-Practice-Projekt der Jugendgesundheitskonferenzen ist für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren konzipiert. Inhaltlicher Schwerpunkt ist die Förderung der (psychosozialen) Gesundheitskompetenz mit besonderer Berücksichtigung von Chancengerechtigkeit.

Im Zuge der Jugendgesundheitskonferenzen sollen sich Jugendliche mit Gesundheitsthemen in einem stark partizipativen Ansatz auseinandersetzen. Die Jugendlichen erhalten unter anderem Inputs in Form von Workshops und können eigene Projektideen zum Thema Gesundheit (Gesundheitsförderung, Gesundheitskompetenz) entwickeln und bei der umsetzenden Organisation einreichen. Für eingereichte Projektideen gibt eine Mikroförderung in Höhe von € 500,- (Kapazitätsgrenze max. 10 Mikroförderungen p.a.). Zwei vielversprechende Projektideen können vom Umsetzer intensiver begleitet werden (Projektcoaching), um eine gute Umsetzung der Projektidee zu ermöglichen. Im Zuge einer eintägigen Veranstaltung (Jugendgesundheitskonferenz, 1x/jährlich stattfindend) können die Jugendlichen ihre Projektideen vor anderen Jugendlichen und Erwachsenen präsentieren, die besten Ideen werden prämiert.

Inhaltlich begleitet werden die Jugendlichen neben Inputs durch den Umsetzer von sogenannten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Lehrkräfte, Mitarbeitende von Sozial- und Bildungseinrichtungen). Durch den partizipativen Ansatz der eigenständigen Ideen- und Projektentwicklung werden die Jugendlichen in ihrer Selbstwirksamkeit, Autonomie und Resilienz gefördert.“

Weitere Angebote in diesem Bereich sind beispielsweise:

- Mental Health Days
- Lebenswert Plus
- Gesund aus der Krise

Zu Punkt 2 darf mitgeteilt werden, dass notwendige Psychotherapien von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden. Seit dem 1. Juli 2022 ist die psychologische Psychotherapie eine Leistung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Grundversicherung), wobei die Höhe des Zuschusses von der Krankenkasse abhängt.

Bei den angeführten 19 Millionen Euro handelt es sich höchstwahrscheinlich um vom Bund zur Verfügung gestellte Mittel, weshalb der Wunsch nach einer etwaigen Erhöhung demnach direkt an den Bund gestellt werden müsste.

ANTRAG 6: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Ressortzuständigkeit: Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll

David Decker, Magdalena Weißenbacher, Manuel Gruber, Lukas Bretz betreffend

AKTIVE BETEILIGUNG VON JUGENDLICHEN IN DER EU

Der aktuelle Informationsstand der Jugendlichen rund um die EU und die Teilnahmemöglichkeiten am politischen Prozess ist stark limitiert. Die bestehenden Möglichkeiten zur Mitsprache für Jugendliche sind nicht ausreichend, um Berücksichtigung in der Politik zu finden. Deshalb passiert es oft, dass die Anliegen der Jugend nicht berücksichtigt werden. Dies führt in weiterer Folge außerdem dazu, dass viele Jugendliche kein Interesse am politischen Diskurs haben.

Für eine funktionierende Demokratie ist es von oberster Priorität, sämtliche Gesellschaftsschichten in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubinden. Deshalb sollen neue Wege geschaffen werden, wie Jugendliche am demokratischen Prozess Anteil haben können, um sie für die Politik und die EU zu begeistern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen und Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen

1. Schaffung der Möglichkeit, politisch interessierte Jugendliche einzuladen, am Ausschuss der Regionen vor Ort in Brüssel teilzunehmen, um die Salzburger Jugend direkt bei der EU zu repräsentieren.

2. Installierung von Fokusgruppen bestehend aus einem Querschnitt junger Menschen für die Aufbereitung von Stellungnahmen zu Gesetzgebungsakten auf Europäischer Ebene über den Bundesrat an die EU.

Salzburg, 19. Oktober 2024

David Decker, Magdalena Weißenbacher

Antragstellerin und Antragssteller: David Decker, Magdalena Weißenbacher

Gruppensprecher: David Decker (Vertretung Magdalena Weißenbacher)

Mit 48 gegen 1 Stimme angenommen

Stellungnahmen von Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll

1. Aktuelle Situation

- Schulgruppen, die die EU Institutionen in Brüssel besuchen und deren Programm durch das VBB organisiert wird, haben grundsätzlich einen Besuchstermin im AdR und im VBB, wo jeweils auf die Rolle und konkrete Arbeit des AdR und seiner Mitglieder eingegangen wird. Zusätzlich werden solche Reisen aus dem Budget des VBB gefördert.
- Generell sind die Sitzungen der Fachkommissionen und der Plenartagungen auf der [Seite des AdR](#) auffindbar und können live verfolgt werden. Die zugehörigen Dokumente sind ebenfalls auf dieser Seite einsehbar.
- Der interessierten Öffentlichkeit ist es [möglich an Plenartagungen des AdR vor Ort teilzunehmen](#). Hierzu muss man sich innerhalb eines Zeitfensters, welches sich fünf Tage vor Beginn der jeweiligen Plenartagung schließt, [registrieren](#). Den Gästen ist es im Rahmen der Plenartagung möglich sich in den Gebäuden des AdR und dem Veranstaltungsort der Plenartagung (zumeist Europäisches Parlament) zu bewegen, wobei es einen eigenen Zuschauerraum gibt, da der Sitzungssaal nicht betreten werden darf. Wortmeldungen können im Rahmen der Plenartagung nicht abgegeben werden.
- Für Jugendliche bzw. junge Menschen, die ein politisches Mandat auf der lokalen oder regionalen Ebene inne haben, gibt es das [YEP - Young Elected Politicians Programm](#). Im Rahmen dessen ist unter anderem die Möglichkeit an einer Plenartagung des AdR teilzunehmen vorgesehen. Bei Voranmeldung, ist in diesem Fall das Abgeben von Wortmeldungen möglich.
- Generell besteht die Möglichkeit eines [Study Visits oder eines Traineeships](#) in einer Abteilung oder einem politischen Sekretariat des AdR. Ebenso besteht die Möglichkeit eines [Praktikums im VBB](#), welches die Salzburger Mitglieder¹ des AdR unterstützt und auch darüber hinaus im Kontext des AdR arbeitet.

2. Mögliche Schritte

- Ein gut positioniertes Dokument könnte erstellt werden, das die bereits existierenden Möglichkeiten, mit allen relevanten Verweisen, übersichtlich auf einer Stelle zusammenfasst.
- Interessierte Jugendliche, die nach Brüssel reisen, um an einer Plenartagung des AdR teilzunehmen, können sich an das VBB wenden, wenn es um weiterführende Informationen oder eventuelle organisatorische Probleme geht.
- Unter Vorbehalt einer frühzeitigen Kontaktaufnahme und der Zustimmung der relevanten Personen, könnte im Rahmen einer Brüssel-Reise interessierter Jugendlicher ein Besuch im VBB und/oder ein Austausch mit den Salzburger Mitgliedern des AdR organisiert werden.
- Interessierte Jugendliche könnten ihren inhaltlichen Beitrag zu Themen, die für sie von Relevanz sind, an die Salzburger AdR Mitglieder weitergeben.
- Ein neues Format „Salzburgs Jugend im AdR“ könnte geschaffen werden. Im Rahmen dieses könnte ein kleiner Kreis interessierter Jugendlicher zu einer AdR Plenartagung reisen, auf die sie sich im Vorhinein vorbereitet (bspw. Ausarbeitung einer Position

¹ Im Sinne der Lesbarkeit wird „Salzburger Mitglieder“ anstatt „Salzburger Mitglied und stv. Mitglied“ verwendet.

zu einem TOP, welche mit den Salzburger Mitgliedern besprochen wird). Neben der Teilnahme an der Plenartagung und dem Austausch mit Salzburgs Mitgliedern, könnten ein Besuch des VBB, die Besichtigung der AdR Gebäude und des Parlamentariums/des Hauses der Europäischen Geschichte eingeplant werden.

Zu bedenken gilt allerdings:

- Es bräuchte jemanden, der dieses Format organisiert
- Auswahlkriterien für die Teilnahme müssten erstellt und ein Selektionsprozess durchgeführt werden
- Begleitpersonen wären nötig
- Die Zustimmung der Salzburger Mitglieder und eine strikte Koordinierung mit ihrem Zeitplan wären unerlässlich
- Zusätzlich besteht die Frage der Finanzierung
- Das VBB könnte zwar inhaltlich und organisatorisch unterstützend wirken, verfügt aber nicht über die personellen/zeitlichen Kapazitäten, um ein solches Projekt federführend zu leiten. Darüber hinaus hat es keine finanziellen Mittel, um einen relevanten Beitrag zu leisten.

Rückfragen an:

Mag.^a Michaela PETZ-MICHEZ, M.E.S. MBA

E: michaela.petz-michez@salzburg.gv.at oder T: +32 498 51 34 39 bzw. +32 2 743 0766

Adalbert Cizek, BA

E: adalbert.cizek@salzburg.gv.at oder T: +32 2 743 0763

ANTRAG 9: Räume und Beteiligung für alle

Ressortzuständigkeit: Landesrätin Mag.^a Daniela Gutsch

Marcus Gallei, Luis Schlager Elias betreffend

SCHULE BRAUCHT DEMOKRATIE

Demokratie ist nicht selbstverständlich! Demokratie muss gelebt werden! Und genau damit müssen wir schon bei jungen Menschen in der Schule beginnen. Die Schule bietet die optimalen Rahmenbedingungen politische Bildung allen Jugendlichen zu vermitteln. Doch dieses Potenzial wird derzeit nicht ausgeschöpft.

Wenn man momentan einen Blick in die Schulen Salzburgs und Österreichs wirft, ist der Ist-Zustand ein Schulfach, das zwar „politische Bildung“ im Namen trägt, aber jene Bildung nicht ansatzweise genügend berücksichtigt. Aufgrund der Kombination mit Geschichte kommt dabei leider die politische Bildung deutlich zu kurz. Des Weiteren fehlt das breite Bewusstsein für das gesetzlich verankerte Vertretungssystem für Schülerinnen und Schüler. Wir sehen die Teilung des Schulfaches „Geschichte und politische Bildung“ in zwei separate Unterrichtsgegenstände als einen essenziellen Teil der Lösung. Hierbei muss auch Medienkunde Einzug in das neue Schulfach „politische Bildung“ erhalten. Um die Qualität des Unterrichts zu gewährleisten, sollen externe Expertinnen und Experten hinzugezogen werden. Genauso müssen die Vertretungssysteme, wie zum Beispiel die Landes- & Bundesschülerinnen- und -schülervertretung, in diesem Schulfach thematisiert werden, um die Mitbestimmung und die Demokratie in der Schule zu fördern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

Der Salzburger Landtag möge entschieden an den Bund herantreten mit der Bitte um: (45 pro, 4 contra)

1. Die Teilung des Faches „Geschichte und politische Bildung“ in zwei getrennte Unterrichtsgegenstände.

Dabei sollte "politische Bildung" auf dem Fach Geschichte aufbauen und im besten Fall vom selben Lehrer unterrichtet werden. Auch sollte das neue Fach eine Geschichtsstunde ersetzen. Somit ist der Fokus auf aktuelle politische Themen stärker gewährleistet. (43 pro, 6 contra)

2. Dieses Fach soll jedenfalls beinhalten:

- a) Politik- & Demokratiebildung
- b) Aufklärung über moderne Medien und deren Gefahren
- c) Aufklärung über die Mitbestimmungsmöglichkeiten durch (Schülerinnen und Schüler-) Vertretungssysteme wie der LSV & BSV.

3. Zusätzliche Workshops zu politischer Bildung in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten.

4. Kampagne des Landes Salzburg zur Aufklärung über (Jugend-)Vertretungssysteme.

Salzburg, 19. Oktober 2024

Marcus Gallei, Luis Schlager Elias

Antragsteller: Marcus Gallei, Luis Schlager Elias

Gruppensprecher: Marcus Gallei

Mit 38 gegen 11 Stimmen angenommen

Stellungnahme Landesrätin Mag.a Daniela Gutschi:

Ein eigenes Fach für Politische Bildung ist seit vielen Jahren eine Forderung der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten, darunter auch Präsidentin Brigitta Pallauf. Ich habe diesen Vorstoß stets unterstützt und er wurde bereits des Öfteren mit dem BMB (vormals BMBWF) thematisiert und es wurden dazu in Salzburg bereits mehrere Landtagsbeschlüsse gefasst.

Wir werden die Forderung auch erneut an Bildungsminister Wiederkehr herantragen. Workshopangebote zur politischen Bildung gibt es bereits z.B. über das Friedensbüro. Diese werden von Bund und Land finanziert.

Eine Kampagne zur Aufklärung über (Jugend-)Vertretungssysteme wäre am ehesten beim Landesjugendbeirat oder bei akzente zu verorten.

Stellungnahme des Landesjugendbeirates Salzburg

zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2024

Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung des
Landesjugendbeirates am 27.03.2025

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Antrag 1 Gleichberechtigung aller Geschlechter	2
„SCHUTZ GEGEN SEXUALDELIKTE UND SEXUELLE GEWALT“	2
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	2
Antrag 3 „Inklusive Gesellschaften“	4
„INKLUSION VON JUGENDLICHEN MIT PSYCHISCHER ERKRANKUNG IM BILDUNGSBEREICH“	4
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	4
Antrag 4 „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“	6
„ANGEBOTE FÜR PSYCHISCHE GESUNDHEIT“	6
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	6
Antrag 5 „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“	8
„THERAPIEPLÄTZE UND WEITERE ANGEBOTE“	8
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	8
Antrag 6 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“	10
„AKTIVE BETEILIGUNG VON JUGENDLICHEN IN DER EU“	10
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	10
Antrag 9 „Räume und Beteiligung für alle“	11
„SCHULE BRAUCHT DEMOKRATIE“	11
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	11
Quellenverzeichnis.....	12

Einleitung

Der Jugendlandtag ist ein wichtiges demokratiepädagogisches Werkzeug, welches das Prinzip der Selbstwirksamkeit, das Gefühl etwas verändern und bewirken zu können, stärkt. In Folge soll bei den Teilnehmenden politisches Interesse und im besten Fall auch politisches Engagement geweckt werden.

Nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Politik gewinnt durch die Institution des Jugendlandtages, der jährlich abgehalten wird. Die politischen Entscheidungsträgerinnen und -Träger hören dadurch die wichtigen und zukunftsorientierten Stimmen der jungen Generation. Jugendliche setzen sich vermehrt mit Themen auseinander, deren Tragweite von vielen Erwachsenen häufig unterschätzt wird und sie bringen dabei bedeutungsvolle und gut durchdachte Überlegungen zum Ausdruck. Diese Themen werden von Jugendlichen frei angesprochen und Forderungen dazu formuliert. Diesem Mut zollen die Mitglieder des Landesjugendbeirates ihren Respekt und unterstützen alle Anträge der Jugendlichen.

Der Beirat appelliert an die Landesregierung, den jungen Stimmen zuzuhören und ihre Ideen umzusetzen. Die beschlossenen Anträge wurden aus unserer Sicht auch dieses Jahr wieder professionell ausgearbeitet und die inhaltliche Vertiefung beeindruckt uns. Hier soll betont werden, dass die Wiederholung der Themen und die Ähnlichkeit der Anträge über die Jahre hinweg verdeutlichen, wie wichtig bestimmte Angelegenheiten für die Jugendlichen im Bundesland sind und wie gering die wahrgenommenen Veränderungen in diesen Bereichen sind.

Vor allem die sehr auffällige Häufung von Anträgen, die die psychische Gesundheit von Jugendlichen thematisieren, muss ein Zeichen sein, (Präventions-) Angebote abzusichern und auszubauen. „Kurz gesagt - uns geht es nicht gut“¹ dieses Zitat verdeutlicht die Dringlichkeit und muss als Alarmzeichen und Hilferuf junger Menschen behandelt werden.

Die Mitglieder des Landesjugendbeirates geben gerne ihre Expertise bezüglich jugendrelevanter Themen und Projektumsetzungen an die Landesregierung weiter und appellieren an diese, die Vorschläge der Jugendlichen umzusetzen. Die Tatsache, dass in den Ausschussberatungen des Landtages im April 2024 Jahres die Anträge der Jugendlichen von 2023 auf der Tagesordnung waren, nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis. Der Landesjugendbeirat sieht darin einen wichtigen Schritt, um Selbstwirksamkeit für die jungen Menschen zu erzeugen und bedankt sich für dieses Zeichen der Wertschätzung.

Gerne stehen die Mitglieder des Beirates zur Verfügung, um Partizipationserfahrungen für die Jugendlichen gemeinsam zu gestalten, und fest im politischen Diskurs zu verankern. Aus diesem Grund möchten wir hier ausdrücklich wieder das Angebot machen, für weitere Gespräche offen zu sein und freuen uns über eine Einladung von Seiten der politischen Entscheidungsträgerinnen und -Träger.

Die folgenden Stellungnahmen sind Ergebnis einer Arbeitsgruppe des Landesjugendbeirates, zu der alle Mitglieder und Gäste des Beirates eingeladen wurden. Alle Mitglieder wurden vor und nach der ARGE eingebunden und hatten Möglichkeiten Feedback einzubringen.

¹ akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S.8

Antrag 1 Gleichberechtigung aller Geschlechter

„SCHUTZ GEGEN SEXUALDELIKTE UND SEXUELLE GEWALT“

Der Salzburger Jugendlandtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine strengere Strafverfolgung sexualisierter Gewalt einzusetzen. Wobei auch Übergriffe wie „Catcalling“ ausdrücklich unter Strafe gestellt werden sollen.

Zudem soll der Zugang zu Hilfe- und Anlaufstellen verbessert werden, indem Schulen informiert und Informationstafeln mit relevanten Kontakten in öffentlichen und schulischen Toiletten angebracht werden.

Die Landesregierung wird außerdem dazu aufgefordert, Selbstverteidigungskurse finanziell zu unterstützen oder die Kosten für Teilnehmende zu übernehmen sowie die Aufklärungsarbeit zu sexualisierter Gewalt zu fördern.

Zusätzlich sollen Gefahren-Hotspots durch polizeiliche und bauliche Maßnahmen sicherer gestaltet werden.²

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Der Antrag basiert auf dem Youth Goal „Gleichberechtigung aller Geschlechter“. Es setzt sich für die Beseitigung von Geschlechterstereotypen und Diskriminierung ein. Es fordert gleiche Rechte, Chancen und Teilhabe für alle Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen. Zudem soll das Bewusstsein für geschlechtsspezifische Ungleichheiten gestärkt und aktiv dagegen vorgegangen werden.

Der Landesjugendbeirat unterstützt die oben formulierten Anliegen des Jugendlandtages. Sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung sind in Österreich bedeutende gesellschaftliche Herausforderungen. Laut einer Erhebung der Statistik Austria haben 34% der Frauen im Alter zwischen 18 und 74 in ihrem Erwachsenenleben (älter als 15 Jahren) körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt.³ Diese hohe Zahl unterstreicht die Dringlichkeit von Maßnahmen zum Schutz vor sexuellen Übergriffen.

Auch Beobachtungen in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen zeigen, dass ein Ungleichgewicht in den Beziehungsdynamiken, etwa mit dem Konzept von "Besitz" in Paarbeziehungen zunehmend Einzug hält. Dies kann unter anderem Machtmissbrauch begünstigen.

Junge Menschen weisen hierbei eine hohe Sensibilität gegenüber diesen Thematiken auf, sind jedoch gleichzeitig stark den in sozialen Medien vermittelten Werten ausgesetzt. Insbesondere Narrative rund um sogenannte "Alpha-Males" (zB Andrew Tate), Incels, oder das "Trad-Wife"-Ideal tragen zu einer problematischen Verzerrung von Partnerschaftsvorstellungen bei, wie eine aktuelle Studie aus Deutschland (2024) belegt.⁴

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist eine gezielte Primärpräventionskampagne erforderlich. Diese sollte insbesondere die Themen Konsens, körperliche Autonomie und respektvolle Beziehungsführung adressieren und vorrangig in sozialen Medien stattfinden, da dort Meinungsbildung aktiv beeinflusst wird. Internationale Beispiele aus Indien und

² vgl. akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S. 5

³ STATISTIK AUSTRIA, Erhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen 2021.

⁴ Vgl. IPSOS LGBT+ Pride Report; 2024

Australien zeigen, dass solche Kampagnen erfolgreich sein können, wenn sie strategisch an den relevanten digitalen Schnittstellen positioniert werden.⁵

Ein entscheidender Faktor in der Präventionsarbeit ist das Vorhandensein von Rolemodels. Unter anderem das frühere Projekt "Heros" war ein wichtiger Multiplikator für diese Inhalte. Ein entsprechendes Nachfolgeprojekt fehlt jedoch derzeit, wodurch das Thema an Sichtbarkeit verloren hat. Auch Programme wie "StoP-Partnergewalt" (Stadtteile ohne Partnergewalt) sind essenziell, um gemeinschaftliche Verantwortung und Bewusstseinsbildung zu fördern.⁶

Parallel dazu sollte die Intensivierung gemeinsamer Begehungen in sogenannten "Angsträumen" vorangetrieben werden, um potenzielle Gefahrenorte durch kriminalpräventive Maßnahmen (z. B. verbesserte Lichtverhältnisse, Entfernung von Sichthindernissen) sicherer zu gestalten. Erfahrungen aus der Stadt Salzburg (etwa durch den Verein Spektrum) zeigen, dass solche Interventionen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls beitragen können.

Ein weiterer essenzieller Aspekt ist die sexuelle Bildung, die als Gegenmodell zu problematischen Partnerschaftsmodellen dienen kann. Durch fundierte Bildungsangebote können Jugendliche für gesunde und gleichberechtigte Beziehungen sensibilisiert werden. Zudem erfordert die zunehmende Gewalt im digitalisierten Raum – insbesondere bei gleichzeitiger Lockerung der Zensurierung von Inhalten auf Plattformen wie Meta, Instagram und X – gezielte Aufklärung und Präventionsarbeit. Manipulative und extremistische Inhalte, die in sozialen Medien kursieren, wirken sich oft direkt auf das reale Leben aus und können Hasskriminalität fördern.

Um eine nachhaltige Präventionsarbeit sicherzustellen, ist die langfristige und abgesicherte Finanzierung von Anlaufstellen unerlässlich. Diese Institutionen spielen eine zentrale Rolle bei der Aufklärung über Gewaltstufen und Eskalationsdynamiken sowie bei der Unterstützung betroffener Personen.

Zudem sollte Medienbildung als Querschnittsaufgabe in den Bildungsinstitutionen verankert werden. Jugendliche benötigen gezielte Kompetenzvermittlung, um sich sicher im digitalen Raum zu bewegen und Formen von Gewalt, psychischer Manipulation und Hate Crimes frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.

Zusammenfassend fordern wir eine umfassende und multidimensionale Strategie zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt und toxischer Beziehungsmuster, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und durch nachhaltige Strukturen gestützt wird.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen im Antrag des Salzburger Jugendlandtags zielen darauf ab, den Schutz vor sexualisierter Gewalt zu verbessern und Betroffenen bessere Unterstützung zu bieten. Die Umsetzung dieser Initiativen könnte einen bedeutenden Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit und des Wohlbefindens von Menschen in Salzburg leisten.

⁵ <https://www.respect.gov.au/>

⁶ <https://www.stadt-salzburg.at/stop-partnergewalt>

Antrag 3 „Inklusive Gesellschaften“

„INKLUSION VON JUGENDLICHEN MIT PSYCHISCHER ERKRANKUNG IM BILDUNGSBEREICH“

Der Salzburger Jugendlandtag fordert den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Schülerinnen und Schüler im Bereich der psychischen Gesundheit. Dazu sollen an Schulen Vertrauensboxen eingerichtet werden, um Probleme anonym zu melden, sowie Infotische mit Broschüren und weiterführenden Informationen ganzjährig zugänglich sein. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, sich über außerschulische Therapiemöglichkeiten zu informieren. Mehrmals pro Woche sollen Psychologinnen, Psychologen oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor Ort sein.

Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte sollen durch Workshops und Fortbildungen zum Thema psychische Beeinträchtigungen sensibilisiert werden. Zudem soll Lehrkräften die Möglichkeit geboten werden, sich zu Schulpsychologen weiterzubilden.

Im Jugendlandtag einstimmig angenommen wurde die Forderungen nach finanziellen Unterstützungen für Nachhilfe, um Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen den erfolgreichen Schulbesuch zu erleichtern. Lehrkräfte sollen zudem Unterrichtsmaterialien digital zur Verfügung stellen, um den Zugang zum Lernstoff zu verbessern.⁷

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Dieser Beschluss basiert auf dem Youth Goal Nr. 3 „Inklusive Gesellschaften“. Der Jugendlandtag fordert, dass junge Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen Unterstützungsangeboten erhalten, um ihre psychische Gesundheit zu stärken und ihnen eine nachhaltige persönliche Entwicklung zu ermöglichen.

Der Landesjugendbeirat schließt sich an: Psychische Gesundheit ist ein grundlegendes Recht. In der aktuellen Ö3 Jugendstudie geben 26% der Befragten 16- bis 25-Jährigen in Österreich an, „mir geht es aktuell eher schlecht oder sehr schlecht“.⁸

Eine UNICEF-Analyse aus dem Jahr 2021 stellt fest, dass „18,2 Prozent der 10-19-jährigen unter psychischen Problemen“ leiden. Angstzustände und Depressionen sind die häufigsten psychischen Erkrankungen. „24% der Kinder und Jugendlichen in Österreich zeigen im Laufe ihrer jungen Leben zumindest Symptome einer psychischen Erkrankung. Hierzu gehören suizidale Gedanken, nicht-suizidales selbstverletzendes Verhalten, Depressionen, Angstzustände, Zwangsverhalten und Aggressionen.“⁹

Spezifische Marginalisierungserfahrungen (etwa Angst vor dem Outing, steigende Gewalt in Schulen und strukturelle Benachteiligungen) kommen erschwerend hinzu.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen befürwortet der Landesjugendbeirat diesen Antrag. Unsere Erfahrungen zeigen, dass es dringend niederschwellige, kostenfreie und zielgerichtete Angebote braucht. Der Ausbau und die Absicherung bestehender Initiativen, wie „Verrückt? Na und!“¹⁰, sind essenziell.

⁷ vgl. akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S.7

⁸ Ö3 Jugendstudie 2025; <https://www.oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php>

⁹ <https://unicef.at/news/psychische-gesundheit/>

¹⁰ <https://www.verrueckt-na-und.at/salzburg/>

Darüber hinaus appellieren wir für eine moderne und jugendgerechte Bereitstellung von Informationsmaterialien.

Die Nutzung digitaler Unterrichtsmaterialien ist überfällig, um Schülerinnen und Schüler mit psychischen Beeinträchtigungen besser zu unterstützen. Digitale Plattformen ermöglichen einen zeitgemäßen und zielgruppenorientierten Zugang zu relevanten Lernmaterialien, wie im Antrag des Jugendlandtages gefordert.

Schließlich schließen wir uns den Forderungen an, die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen voranzutreiben. Inklusion bedeutet, dass jedes Kind unabhängig von seinen Herausforderungen als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft gesehen wird und die notwendige Unterstützung erfährt. Die Umsetzung dieser Verpflichtung in Österreich ist unzureichend und bedarf dringender Verbesserungen.¹¹

¹¹ Kija Österreich (Hrsg.); 10 Punkte Paket; 2024

Antrag 4 „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

„ANGEBOTE FÜR PSYCHISCHE GESUNDHEIT“

Der Salzburger Jugendlandtag fordert die Finanzierung von verpflichtenden Workshops zur mentalen Gesundheit für alle Schultypen und Ausbildungsstätten, an denen auch Lehrkräfte teilnehmen müssen. Diese Workshops sollen von Expertinnen und Experten geleitet und vom Land Salzburg finanziert werden.

Thematisch sollen sie sich mit Zukunftsängsten und den Herausforderungen des Übergangs ins Erwachsenenleben befassen, insbesondere beim Schulwechsel oder Berufseinstieg. Zudem sollen sie Strategien zur Stressbewältigung, den Umgang mit Schicksalsschlägen sowie Resilienzförderung vermitteln. Auch Prävention und Intervention bei psychischen Krisen sowie Aufklärung über psychische Erkrankungen durch Gespräche mit Betroffenen sind zentrale Bestandteile.

Zusätzlich wird gefordert, Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bildungs- und Ausbildungsbereich anzubieten, um Wissen zur mentalen Gesundheit langfristig weiterzugeben und das Bewusstsein, um psychische Belastungen in der Gesellschaft zu stärken.¹²

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Dieser Beschluss basiert auf dem Youth Goal Nr. 5 „Psychische Gesundheit & Wohlbefinden“. Dieses fordert, dass junge Menschen in allen Lebensbereichen Zugang zu qualitativ hochwertigen Unterstützungsangeboten erhalten, um ihre psychische Gesundheit nachhaltig zu stärken.

Der Landesjugendbeirat unterstützt die Forderungen des Salzburger Jugendlandtags nach der Finanzierung verpflichtender Workshops zur mentalen Gesundheit für alle Schultypen und Ausbildungsstätten. Die psychische Gesundheit junger Menschen ist ein zentraler Bestandteil ihrer persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Teilhabe. Studien belegen, dass ein wachsender Anteil der Jugendlichen unter psychischen Belastungen leidet. Zukunftsängste, schulischer und beruflicher Druck sowie gesellschaftliche Unsicherheiten erfordern gezielte Maßnahmen zur Prävention und Unterstützung.¹³

Die vorgeschlagenen Workshops leisten einen wertvollen Beitrag, um Schülerinnen und Auszubildende frühzeitig mit Strategien zur Stressbewältigung, Resilienzförderung und dem Umgang mit Schicksalsschlägen vertraut zu machen. Insbesondere der Übergang in neue Lebensphasen, wie Schulwechsel oder Berufseinstieg, stellt eine große Herausforderung dar, die durch fundierte Begleitung erleichtert werden kann. Zudem ist die Sensibilisierung für psychische Erkrankungen sowie die Einbindung von Expertinnen und Experten, und Betroffenen ein wichtiger Schritt zur Entstigmatisierung.

¹² vgl. akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S.8

¹³ Vgl. Ö3 Jugendstudie 2025; <https://www.oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php>; Oder: <https://unicef.at/news/psychische-gesundheit/>

Besonders hervorzuheben ist der Vorschlag zur verpflichtenden Teilnahme von Lehrkräften. Pädagoginnen und Pädagogen spielen eine entscheidende Rolle in der frühzeitigen Erkennung und Begleitung von Jugendlichen mit psychischen Belastungen. Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bildungs- und Ausbildungsbereich sind daher zielführend, um langfristig Wissen zur mentalen Gesundheit weiterzugeben und das gesellschaftliche Bewusstsein für psychische Belastungen zu stärken. Jugendliche selbst wünschen sich mehr psychosoziale Beratungsangebote, wie die HAY- Studie bestätigt.¹⁴

Auch ein Jugendvolksbegehren mit dem Titel „Mental Health - Jugendvolksbegehren“ mit zahlreichen Unterstützenden deckt sich mit den Punkten des Jugendlandtages in wesentlichen Dingen.¹⁵

Ein ganzheitlicher Ansatz zur Förderung der psychischen Gesundheit beginnt bereits in der Primarstufe. Kinder sollten frühzeitig lernen, über Emotionen zu sprechen und Regulationsstrategien zu entwickeln. Dies legt den Grundstein für eine lebenslange psychische Widerstandsfähigkeit.

Gleichzeitig dürfen strukturelle und gesellschaftliche Ursachen psychischer Belastungen nicht aus dem Blick geraten. Eltern, Bezugspersonen und die gesamte Gemeinschaft sind gefordert, ein unterstützendes Umfeld zu schaffen.

Der Landesjugendbeirat unterstützt den Beschluss des Salzburger Jugendlandtags nachdrücklich. Die psychische Gesundheit junger Menschen muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet und entsprechend priorisiert werden.

¹⁴ Vgl. Bayrischer Jugendring (Hrsg.); HAY. How are you? Ergebnisbericht; 2023.

¹⁵ Vgl. Schülerunion, Mental Health. Jugendvolksbegehren. Forderungspapier

Antrag 5 „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

„THERAPIEPLÄTZE UND WEITERE ANGEBOTE“

Der Salzburger Jugendlandtag fordert die Einrichtung betreuter kunsttherapeutischer Räume, um die Wartezeit auf Therapieplätze zu überbrücken. In offenen Ateliers für Musik, Sport oder Kunst sollen Jugendliche ihr kreatives Potenzial entdecken und sich durch selbstgestaltete Werke ausdrücken können. Dies fördert die persönliche Entwicklung und wirkt positiv auf die Psyche, unabhängig davon, ob eine Therapie stattfindet.¹⁶

Zudem soll ein größerer Anteil des Gesundheitsbudgets des Landes Salzburg in die Psychotherapie investiert werden. Fachleute schätzen, dass eine Erhöhung auf 38 Millionen Euro ausreichen würde, um die Therapiekosten aller betroffenen Jugendlichen zu decken. Deshalb wird gefordert, diese zusätzlichen Mittel gezielt für Psychotherapie bereitzustellen.¹⁷

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Dieser Beschluss basiert auf dem Youth Goal Nr. 5 „Psychische Gesundheit & Wohlbefinden“. Dieses fordert, dass junge Menschen Zugang zu niederschwelligen und wirkungsvollen Unterstützungsangeboten erhalten, um ihre psychische Gesundheit zu stärken und ihre persönliche Entwicklung zu fördern.

Der Landesjugendbeirat begrüßt die Forderung des Salzburger Jugendlandtags nach der Einrichtung betreuter kunsttherapeutischer Räume zur Überbrückung der Wartezeit auf Therapieplätze. Die Wartezeiten für psychotherapeutische Behandlungen sind aktuell unzumutbar, insbesondere für Kinder und Jugendliche, die dringend Unterstützung benötigen. Initiativen wie die „Kinder-Jugend-Seelenhilfe“¹⁸ von Pro Mente Salzburg zeigen, dass kreative Ausdrucksformen einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit haben können. Kunst, Musik und Sport bieten Jugendlichen eine Möglichkeit, ihre Emotionen zu verarbeiten und Selbstwirksamkeit zu erfahren, unabhängig davon, ob sie sich in Therapie befinden oder nicht.

Die Initiative „Gesund aus der Krise“¹⁹ hat gezeigt, dass niederschwellige Angebote zur psychischen Unterstützung stark nachgefragt sind. Alle Maßnahmen, die den Zugang zu psychischer Hilfe erleichtern oder überbrücken, sind daher ausdrücklich zu unterstützen. Neben der Schaffung kreativer Räume ist jedoch auch die strukturelle Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung notwendig. Die geringe Anzahl an Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit Kassenverträgen sowie die viel zu wenigen Therapieplätze für Kinder und Jugendliche stellen eine erhebliche Versorgungslücke dar. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt es an ausreichend psychotherapeutischer Begleitung, wodurch bestehende Ungleichheiten weiter verstärkt werden.

¹⁶ Schottenloher; Kunst- und Gestalttherapie. Eine praktische Einführung; 1989

¹⁷ vgl. akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S.9

¹⁸ Vgl. <https://www.promentesalzburg.at/standorte/kinder-jugendseelenhilfe>

¹⁹ Vgl. <https://gesundausderkrise.at>

Zudem sind spezifische therapeutische Angebote für marginalisierte Gruppen, wie etwa queere oder transidente Jugendliche, dringend erforderlich. Diese jungen Menschen sind in besonderem Maße auf therapeutische Unterstützung angewiesen, unter anderem für die Ausstellung notwendiger Stellungnahmen. Der Mangel an entsprechenden Fachkräften stellt eine erhebliche Hürde dar und erfordert gezielte Investitionen in spezialisierte Therapieangebote.

Der Landesjugendbeirat unterstützt daher die Forderungen des Jugendlandtages. Die psychische Gesundheit junger Menschen muss als gesamtgesellschaftliche Verantwortung betrachtet und entsprechend priorisiert werden.

Antrag 6 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“

„AKTIVE BETEILIGUNG VON JUGENDLICHEN IN DER EU“

Der Jugendlandtag stellt fehlende Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche fest. Daher fordert der Jugendlandtag die Möglichkeit, politisch interessierte Jugendliche nach Brüssel einzuladen, damit sie am Ausschuss der Regionen teilnehmen und die Salzburger Jugend direkt auf EU-Ebene vertreten können.

Zudem sollen Fokusgruppen eingerichtet werden, die aus einem vielfältigen Querschnitt junger Menschen bestehen. Diese Gruppen sollen Stellungnahmen zu Gesetzgebungsakten auf europäischer Ebene erarbeiten und ihre Anliegen über den Bundesrat an die EU weiterleiten. Dadurch wird die politische Mitbestimmung junger Menschen gestärkt und ihre Perspektiven in europäische Entscheidungsprozesse eingebunden.²⁰

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Dieser Beschluss basiert auf dem Youth Goal Nr. 1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“. Dieses Youth Goal zielt darauf ab, das Zugehörigkeitsgefühl junger Menschen zur Europäischen Union zu stärken und eine Brücke zu bauen, um Vertrauen zugewinnen und die Beteiligung zu erhöhen.

Der Landesjugendbeirat unterstützt die Forderung des Salzburger Jugendlandtags nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche auf europäischer Ebene. Die Einladung politisch interessierter Jugendlicher nach Brüssel zur Teilnahme am Ausschuss der Regionen ist ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen eine direkte Stimme in der EU-Politik zu geben. Gleichzeitig begrüßen wir die Einrichtung von Fokusgruppen, die sich aus einem vielfältigen Querschnitt der Jugend zusammensetzen und Stellungnahmen zu EU-Gesetzgebungsakten erarbeiten. Dies stärkt die politische Mitbestimmung und stellt sicher, dass die Perspektiven junger Menschen in europäische Entscheidungsprozesse einfließen.

Zudem sollte sichergestellt werden, dass ein vielfältiger Querschnitt von Jugendlichen angesprochen wird, die Angebote daher auch inklusiv konzipiert und gestaltet sind (beispielsweise Persönliche Assistenz). Politische Partizipation muss für alle zugänglich sein, unabhängig von persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Darüber hinaus ist es essenziell, mit bestehenden partizipativen Projekten breitere Zielgruppen zu erreichen. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sowie gezielte Werbung für diese Initiativen könnten das Interesse und die Beteiligung deutlich erhöhen. Die Stabsstelle EU-Bürgerservice des Landes Salzburg mit einer Vielzahl an Projekten²¹ kann hierbei eine zentrale Rolle spielen, um Informationen gezielt an junge Menschen weiterzugeben.

Die EU muss für Jugendliche greifbarer und erlebbarer gemacht werden. Politische Beteiligung darf nicht abstrakt bleiben, sondern sollte durch direkte Mitbestimmung und Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und -Träger mit Leben gefüllt werden. Der Jugendlandtag setzt mit diesem Beschluss ein starkes Zeichen für mehr demokratische Partizipation junger Menschen – ein Schritt, den der Landesjugendbeirat ausdrücklich unterstützt.

²⁰ vgl. akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S.10

²¹ https://www.salzburg.gv.at/verwaltung/_Seiten/eu-buergerservice.aspx

Antrag 9 „Räume und Beteiligung für alle“

„SCHULE BRAUCHT DEMOKRATIE“

Der Salzburger Jugendlandtag fordert eine stärkere Verankerung politischer Bildung in Schulen, um Demokratiebewusstsein frühzeitig zu fördern. Derzeit kommt dieser Bereich im Fach „Geschichte und politische Bildung“ zu kurz, da der Fokus überwiegend auf historischen Themen liegt.

Um dies zu ändern, soll das Fach in zwei separate Unterrichtsgegenstände aufgeteilt werden, wobei „politische Bildung“ auf Geschichte aufbaut und aktuelle Themen stärker behandelt. Neben Politik- und Demokratiebildung sollen auch Medienkunde sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten im Schulsystem thematisiert werden.

Zusätzlich sollen Workshops mit Expertinnen und Experten das Verständnis für politische Prozesse vertiefen. Um die Vertretungssysteme für Schülerinnen und Schüler bekannter zu machen, wird außerdem eine Aufklärungskampagne des Landes Salzburg gefordert. Der Salzburger Landtag soll sich daher mit Nachdruck beim Bund für diese Maßnahmen einsetzen, um politische Bildung umfassender in den Schulalltag zu integrieren.²²

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Dieser Beschluss basiert auf dem Youth Goal Nr. 9 "Räume und Beteiligung für alle". Dieses fordert, dass junge Menschen echte Mitspracherechte in politischen Entscheidungsprozessen erhalten und aktiv in demokratische Strukturen eingebunden werden.

Der Landesjugendbeirat unterstützt die Forderung nach einer stärkeren Verankerung politischer Bildung in Schulen. Die wiederholte Thematisierung zeigt, dass hier noch immer Handlungsbedarf besteht.

Politische Bildung muss sich verstärkt mit gesellschaftlichen Herausforderungen auseinandersetzen, insbesondere mit dem Umgang mit Medien sowie der Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Ein gezielter Kompetenzerwerb ist essenziell, um junge Menschen auf die demokratische Teilhabe vorzubereiten.

Mitbestimmung und Demokratiebildung müssen frühzeitig und flächendeckend im Bildungssystem verankert werden – idealerweise bereits ab Schuleintritt oder sogar im Kindergarten. Der Schulalltag bietet zahlreiche Möglichkeiten zur praktischen Demokratiebildung, beispielsweise durch partizipative Projekte wie die Mitgestaltung von Pausenräumen oder die Einführung demokratischer Entscheidungsprozesse in Schulen. Workshops mit Expertinnen sowie eine umfassende Aufklärungskampagne über Vertretungssysteme für Schülerinnen sind entscheidende Maßnahmen, um politisches Bewusstsein zu fördern.

Der Landesjugendbeirat unterstützt die Forderung des Jugendlandtags nach einer Institutionalisierung von Demokratiebildung zu einem festen Bestandteil des Schulalltags.

²² vgl. akzente Salzburg (Hrsg.), Antragsmappe, Salzburger Jugendlandtag 2024; 2024, S.13

Quellenverzeichnis

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Antragsmappe Salzburger Jugendlandtag 2024; Salzburg, 2024.

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Beschlüsse Salzburger Jugendlandtag 2023; Salzburg, 2023.

akzente Salzburg (Hrsg.); Salzburger Jugendreport 2023, Auswertung & Ergebnisse <https://jugend.akzente.net/jugendreport/>; (zuletzt aufgerufen am 24.03.2025)

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Feste sicher feiern.

Bayerischer Jugendring (Hrsg.); HAY How are you. Die Lebenssituation von LSBTIQA* Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bayern. Ergebnisbericht; 2023.

Bundesjugendvertretung (Hrsg.); Portfolio der Bundesjugendvertretung „Youth Goals“ 2023, <https://bjv.at/portfolio-items/youth-goals/>; (zuletzt aufgerufen am 24.01.2024)

Bundeszentrale für politische Bildung; Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland; Eine SINUS-Studie im Auftrag von: Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Bundeszentrale für politische Bildung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, DFL Stiftung; Bonn; 2024.

Ipsos (Hrsg.); Ipsos LGBT+; Pride Report 2024. A 26-Country Ipsos Global, Advisor Survey; 2024.

Kija Österreich (Hrsg.); 10 Punkte Paket an die zukünftige Bundesregierung und alle politisch Verantwortlichen; 2024.

Landesjugendbeirat Salzburg 2023, Stellungnahme zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2022, https://www.salzburg.gv.at/00201lpi/16Gesetzgebungsperiode/Dokumente_Web/JLT_2022_Stellungnahmen.pdf; zuletzt abgerufen am 2.4.2025)

Schottenloher; Kunst- und Gestalttherapie. Eine praktische Einführung; 1989.

Internetseiten:

Australien Government; See the hidden Trends of Disrespect; <https://www.respect.gov.au/> (zuletzt abgerufen am 2.4.2025)

Pro mente Salzburg; Kinder und Jugendseelenhilfe <https://www.promentesalzburg.at/standorte/kinder-jugendseelenhilfe> (zuletzt abgerufen am 3.4.2025)

pro mente Salzburg, Verrückt? Na und? <https://www.verrueckt-na-und.at/salzburg/> (zuletzt abgerufen am 3.4.2025)

BÖP, ÖBVP; Gesund aus der Krise;
<https://gesundausderkrise.at> (zuletzt abgerufen am 2.4.2025)

Land Salzburg; Stabsstelle EU-Bürgerservice
https://www.salzburg.gv.at/verwaltung/_Seiten/eu-buergerservice.aspx (zuletzt abgerufen am 3.4.2025)

Ö3 Jugendstudie 2025. Zwischenergebnisse
<https://www.oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php> (zuletzt abgerufen 2.4.2025)

Statistik Austria, Gewalt gegen Frauen
<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/kriminalitaet-und-sicherheit/gewalt-gegen-frauen> (zuletzt abgerufen am 29.3.2025)